

Zossen-Wünsdorf

Ein kurzer Abriss der örtlichen Militärgeschichte

1906/07 zieht das Kriegsministerium für das in Berlin stationierte Garde- und das III. Armeekorps die Anlegung eines neuen Truppenübungsplatzes in Betracht. Diesem Ziel dient der Ankauf von etwa 6.000 ha Land in den Gemarkungen von Zossen, Wünsdorf und mehreren anderen Anliegergemeinden durch den Reichs-Militärfiskus. Gemäß einer Verfügung des Kriegsministeriums muss der in diesem Bereich gelegene Ort Zehrendorf bis zum 1. April 1911 von den Einwohnern geräumt werden.

Am Nordrand des neuen Übungsgeländes entsteht 1910/11 das sogenannte „Stammlager Zossen“. Die neue Garnison mit eigener Kommandantur wird fortan von zeitweilig zu Manövern und Besichtigungen auf dem Truppenübungsplatz anwesenden Berliner Truppenteilen belegt.

Fast zeitgleich werden zwischen 1911 und 1913 ein paar Kilometer weiter südlich bei Wünsdorf eine neue Kaserne für die bis dahin in Spandau-Ruhleben stationierte Infanterie-Schießschule sowie von 1914 bis 1916 an der von Wünsdorf nach Zehrendorf führenden Straße die Militär-Turnanstalt errichtet. Hier liegt die Projektierung bei der Bauabteilung des Kriegsministeriums. Wohl wegen ihrer Bedeutung für die Sportausbildung des gesamten Heeres wird sie in einer durchaus repräsentativen Architektur gestaltet.

Gleich zu Beginn des Ersten Weltkrieges entsteht an der Chaussee Zossen-Baruth in Wünsdorf für die Ersatztruppenteile des Garde- und des III. Armeekorps ein großes Barackenlager, das sogenannte Truppen- bzw. Kriegslager Wünsdorf. Die mobilgemachten und ausgebildeten Truppen gehen von hier aus an die Front.

Ebenfalls ab Oktober 1914 entstehen zwei Sonderlager für kriegsgefangene Kolonialsoldaten der Entente. Während im „Halbmondlager“ an der Verbindungsstraße zwischen Wünsdorf und Zehrendorf Muslime aus Nord- und Westafrika, dem damaligen Britisch-Indien und anderen Gebieten Asiens, aber auch Hindus und Sikhs unterkommen, werden im „Weinberglager“ (auch als „Mühlenlager“ bezeichnet) am südlichen Ortsrand von Zossen u.a. Gefangene aus dem Russischen Reich, darunter viele Tataren, Georgier und andere nationale Minderheiten, interniert. Diese Menschen spielen eine wichtige Rolle im Kalkül der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes und ihrer Nachrichtenstelle für den Orient und werden für deren Ziele instrumentalisiert. Durch eine bewusst korrekte Behandlung und die Gewährung weitgehender Freiheiten hinsichtlich der Beachtung ihrer religiösen Vorschriften und heimatlichen Bräuche versucht man, Deutschlands Ansehen und Einfluss in der muslimischen Welt zu fördern. Das ist auch der Grund dafür, dass in diesen Lagern viele Fotos aufgenommen werden, die den Alltag der Gefangenen in einem möglichst positiven Licht zeigen sollen und damit selbst zum Teil der Kriegspropaganda werden. Bereits am 30. August 1914 regt der deutsche Botschafter im mit Deutschland verbündeten Osmanischen Reich, Hans von Wangenheim, in einem Telegramm an das Auswärtige Amt an, den muslimischen Kriegsgefangenen „Gelegenheit zur Erfüllung (ihrer) Religionspflicht“ einzuräumen. Am 10. Dezember berichtet er telegrafisch von dem türkischen Wunsch, „für die mohammedanischen Kriegsgefangenen in Deutschland an

geeignetem Orte eine Moschee zu errichten“. Am 13. Juli 1915 wird im „Halbmondlager“ Wünsdorf feierlich die auf deutschem Boden erste für religiöse Zwecke errichtete Moschee eingeweiht. Das von der Charlottenburger Firma Stiebitz und Köpchen in nur fünf Wochen errichtete hölzerne Gotteshaus hat bis etwa 1930 Bestand. Da letztlich kein Bedarf mehr besteht und niemand für die Unterhaltung aufkommen will, wird sie abgerissen. Heute zeugt in Wünsdorf nur noch die Moscheestraße von ihrer einstigen Existenz.

Zwischen 1914 und 1921 werden insgesamt 969 an verschiedenen Krankheiten verstorbene Lagerinsassen auf einem Teilstück des (zu diesem Zweck erweiterten) alten Zehrendorfer Friedhofs bestattet, darunter 412 russische, 262 arabische und afrikanische, 205 indische, 86 französische und 2 belgische Kriegsgefangene sowie 1 englischer und 1 türkischer Soldat. Von 1945 bis 1994 ist dieser mitten auf dem Truppenübungsplatz gelegene und 1918 eingerichtete Ehrenfriedhof für Zivilpersonen und auch die Kriegsgräberfürsorge der einstigen Kolonialmacht Großbritannien nicht zugänglich und wird nicht gepflegt. Nur wenige der einst errichteten und in der jeweiligen Landessprache beschrifteten Gedenksteine bleiben, oft umgestürzt, in schlechtem Zustand und in dichtem Unterholz versteckt, erhalten. Nach Abschluss dreijähriger Restaurierungsarbeiten – finanziert aus dem Bundesetat und durch die britische Kriegsgräberkommission – wird er am 29. Oktober 2005 in Anwesenheit hochrangiger Gäste wiedereröffnet und kann nun besucht werden.

Zwischennutzung in der Weimarer Republik (1919 bis 1933)

Durch die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages darf Deutschland nur noch ein Berufsheer von 100.000 Mann unterhalten – die Reichswehr. Schwere Artillerie, Panzer, Luftstreitkräfte, vor allem aber Entwicklung und Erprobung neuer Waffensysteme sind untersagt. Was also tun mit den Militärarealen, auch denen im heutigen Landkreis Teltow-Fläming? Und wie nutzt die Reichswehr die ihnen verbliebenen Möglichkeiten?

Zunächst wird ein Teil der militärischen Anlagen von Freikorps (Freiwilligenverbände, die meist von nationalistisch gesinnten Offizieren gegründet und nach ihnen benannt werden) genutzt. Am 4. Januar 1919 besuchen Reichspräsident Ebert und der künftige Reichswehrminister Noske das Truppenlager Zossen, wo Teile des Landesjägerkorps stationiert sind. Neben anderen Freikorpsverbänden, die zeitweilig anwesend sind, wird am 1. Februar 1919 in Wünsdorf das Freikorps Stever mit rund 1.000 Mann.

Wie abgeschirmt man sich im Gegensatz zum revolutionären Berlin hier fühlt, zeigt die Tatsache, dass die aus dem Landwehrkanal geborgene Leiche Rosa Luxemburgs am 2. Juni 1919 nach Wünsdorf gebracht und hier im Garnisonslazarett untersucht wird.

Ebenfalls 1919 wird das Kriegsgefangenenlager Zossen-Weinberge aufgelöst und das Lagergelände Familien zur Verfügung gestellt, die aus Elsass-Lothringen stammen. Das Wünsdorfer „Halbmondlager“ fungiert bis zu seiner Schließung 1922 als Lager für deutsche „Grenz- und Auslandsflüchtlinge“. Zudem verbleiben viele russische Staatsangehörige vor Ort, weil erst im April 1920 ein entsprechendes Rückführungsabkommen zwischen Sowjetrußland und Deutschland geschlossen wird. Hinzu kommen russische Emigranten, die vor dem neuen System in ihrer Heimat geflohen sind. Schon damals gilt Wünsdorf als „Russische Stadt“.

Das 1911 geräumte Zehrendorf wird mit Familien besiedelt, die ebenfalls aus Gebieten stammen, die mit dem Versailler Vertrag an Polen und Frankreich gefallen waren. Mit Beginn der deutschen Wiederaufrüstung wird das auf dem Truppenübungsplatz gelegene Dorf 1936 erneut für militärische Zwecke geräumt. Heute erinnert fast nichts mehr an den Ort.

In der Militär-Turnanstalt Wünsdorf beginnen 1919 erste Lehrgänge zur Ausbildung von Offizieren der (späteren) Reichswehr zu Militärsportlehrern. Um nicht als Militärschule zu gelten, wird sie nunmehr offiziell als „Lehrgang für Leibesübungen“ bezeichnet.

Wenn auch in geringerem Umfang als vor 1918, werden Kasernen und Übungsplätze in der Zwischenkriegszeit von der Reichswehr genutzt. Am 23.01.1921 wird in Wünsdorf ein Ausbildungsbataillon des traditionsreichen Infanterie-Regiments 9 (Regimentsstab in Potsdam) aufgestellt.

Wiederaufrüstung und Zweiter Weltkrieg (1933 bis 1945)

Die Wiederaufrüstung Deutschlands bringt speziell zwischen 1935 und 1939 eine neue „Blütezeit“ für die Militäranlagen. Es kommt zu reger Bautätigkeit, Reaktivierung alter und Entwicklung neuer militärischer Komplexe.

Wünsdorf - Geburts- und Ausbildungsort der Panzertruppen

Der Versailler Vertrag verbot die Entwicklung der Panzerwaffe und die Aufstellung entsprechender Truppen. Jedoch gibt es schon in den zwanziger Jahren eine geheime deutsch-sowjetische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet. So werden entgegen dieser Bestimmungen seit 1927 u.a. von Daimler-Benz, Rheinmetall und Krupp entwickelte Prototypen schwerer Kampfpanzer (Deckname: „Großtraktor“) von Reichswehr und Roter Armee im Lager „Kama“ bei Kasan an der Wolga erprobt. Im Herbst 1933 endet dort der deutsche Schul- und Erprobungsbetrieb, das Personal wird ein Bestandteil des neu aufgestellten „Krafftfahr-Lehrkommandos Zossen“. Die Weichen für Zossen waren schon 1931 gestellt worden, als die bisher in Berlin-Lankwitz stationierte 3. Kompanie der 3. (Preuß.) Krafftfahrabteilung dorthin verlegt. Dies führt über das Kampfwagen-Regiment 1 (1934) nach Neustrukturierungen 1935 zum Panzer-Regiment 5. Parallel dazu gibt es im benachbarten Wünsdorf umfangreiche Baumaßnahmen zur Errichtung von zwei Kasernen für die zur Aufstellung vorgesehenen und unterzubringenden Panzertruppen. In dieser Zeit entstehen mehr als 150 Gebäude für die Unterbringung und Versorgung der Truppen; u.a. ein Verpflegungsamt, eine Heeresbäckerei und im Ort Wünsdorf selbst zahlreiche Wohngebäude für Militärangehörige und Zivilangestellte. Ebenfalls 1935 wird die motorisierte „Panzer-Abwehrabteilung 39“ mit zwei Kompanien in Wünsdorf (in der Kaserne der ehemaligen Infanterie-Schießschule) als Lehrtruppe für die Heeres-Krafftfahrerschule (ab 1937 Panzertruppenschule Wünsdorf) aufgestellt.

Vervollständigt wird das militärische Bauensemble in Wünsdorf durch den für diese Einheit und ihre Lehrtruppen erbauten Kasernenkomplex. Wünsdorf ist damit nicht nur

Geburtsstätte, sondern organisatorisches und geistiges Zentrum der deutschen Panzerwaffe.

Hauptquartier des Oberkommandos des Heeres in Zossen

Im Januar 1933 fällt im Reichskriegsministerium in Berlin die Entscheidung, im Falle eines Krieges das Heer (damals noch die Reichswehr) von Zossen aus zu führen und zu diesem Zweck das dortige Stammlager zur mobilmachungsmäßigen Unterbringung des Generalstabes des Heeres auszubauen. 1935 legt das Oberkommando des Heeres (OKH) fest, dass mit dem Bau eines Nachrichtenbunkers allen Kriegsforderungen an Fernmeldeverbindungen Rechnung zu tragen ist.

Unter dem Decknamen „Zeppelin“ werden zwischen 1937 und 1940 für das Hauptquartier des OKH im Kriegsfall umfangreiche und besonders streng geheime Bunkeranlagen errichtet: die insgesamt 23 Bunkerhäuser für den Generalstab des Heeres („Maybach I“ und „Maybach II“) und deren Nachrichtenzentrale („Amt 500“).

Am 26. August 1939 verlegt das mobil gemachte Hauptquartier des Oberkommandos des Heeres von Berlin nach Zossen und bezieht die dort vorbereiteten ober- und unterirdischen Kriegsunterkünfte. Je nach Kriegslage wechselt die Belegung der Anlage bis 1945. Der Nachrichtenbunker „Zeppelin“ wird durch ständige Erweiterungsinstallationen zur größten stationären Fernmeldezentrale des Heeres. Während der Betriebsdienst an den fernmeldetechnischen Einrichtungen von zwei Kompanien des Führungs-Nachrichtenregiments 601 durchgeführt wird, liegt die Wartung der komplizierten technischen Anlagen bei Spezialisten der Deutschen Reichspost. Ab 1943 ersetzen zunehmend Nachrichtenhelferinnen die männlichen Betriebskräfte, die an die Front geschickt werden.

Der alliierte Luftangriff auf den Raum Zossen-Wünsdorf, bei dem am 15. März 1945 etwa 120 Personen ihr Leben verlieren, bleibt ohne wesentliche Auswirkungen auf die Arbeit der militärischen Stäbe.

Am 21. April 1945 besetzen sowjetische Truppen Zossen-Wünsdorf, das langjährige Quartier der einstmaligen deutschen Heeresführung. Infolge der überstürzten Räumung bleiben die baulichen Anlagen weitgehend unzerstört.

Die Wünsdorfer Luftschutztürme

Zwischen 1936 und Ende 1941 werden im damaligen Deutschen Reich insgesamt mehr als achtzig Luftschutztürme der „Bauart Winkel“ (Leo Winkel hieß der Konstrukteur) errichtet. In einer zeitgenössischen Luftschutzpublikation heißt es dazu: „Der Grundgedanke des Baues besteht darin, die Schutzräume nicht wie bisher nebeneinander, sondern übereinander anzuordnen. Dadurch entsteht nur eine kleine Dachfläche, die schwer von Bomben getroffen und mit verhältnismäßig geringen Kosten bombensicher ausgestattet werden kann...“

Ab 1939 werden beim Hauptquartier des Oberkommandos des Heeres bei Zossen für die zahlreichen auf dem Gelände tätigen Zivilangestellten insgesamt 19 dieser Luftschutztürme

errichtet. Dass sie teilweise Zugänge zu den Bunkeranlagen des OKH haben sollen, gehört ins Reich der Legenden. Elf der Türme werden in den Jahren 1947 und 1953 aufgrund des Kontrollratgesetzes Nr. 22 von der sowjetischen Armee gesprengt; einer, der dabei nur Schäden davonträgt, wird im Oktober 1997 aus Sicherheitsgründen gesprengt. Sieben Türme befinden sich noch immer auf dem Gelände. Einige der Zossener Türme weisen Beschussschäden auf, jedoch erhält keiner bei dem schweren Luftangriff vom 15. März 1945 einen Treffer.

Auch für die frühere Militär-Turnanstalt fällt im Zuge der Wiederaufrüstung die Tarnung weg. Seit 1934 „Heeressportschule“, dient sie wieder der Ausbildung von Militärsportlehrern. Für ihre exzellente Ausstattung spricht die Tatsache, dass die Anlagen 1936 für das Training deutscher Olympiateilnehmer genutzt werden.

Unter dem Roten Stern (1945 bis 1994)

Zwischen dem 20. und 23. April 1945 besetzen Bodentruppen der Roten Armee ohne größere Kampfhandlungen das Gebiet des heutigen Landkreises Teltow-Fläming. Eine Ausnahme bilden dabei die teils schweren Gefechte um den Kessel von Halbe, wo die Kämpfe und Ausbruchsbewegungen noch einige Tage länger dauern.

Bei dem Militärstandort Wünsdorf handelt es sich insofern um eine Besonderheit, als hier 1953 das Oberkommando der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), seinen Sitz nimmt (1989 bis 1994 unter der Bezeichnung Westgruppe der Streitkräfte, WGT). Von hier aus werden mehr als 300.000 Militärangehörige im Osten Deutschlands befehligt und Weichen für das Leben weiterer etwa 200.000 Zivilangestellter und Familienangehöriger von Berufssoldaten gestellt. Aber auch zentrale Kultur- und Bildungseinrichtungen, das 69. Mot.-Schützen-Regiment, der Stab der 16. Luftarmee, ein Panzerreparaturwerk und eine Nachrichtenbrigade sind in Wünsdorf untergebracht. Die Bunkerhäuser von „Maybach I“ und „Maybach II“ werden 1947/48 in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen gesprengt, Zeppelin nur teilweise zerstört. Diese Bunkeranlage mit ursprünglich etwa 10.000 m² Nutzfläche wird nach 1960 teilweise wieder in Betrieb genommen und zur Kommando- und Fernmeldezentrale „Ranet“ des Oberkommandos für den Kriegsfall umgebaut.

Eins der Hauptprobleme der GSSD/WGT scheint stets die Suche nach geeignetem Wohnraum und für Verwaltungszwecke nutzbaren Gebäuden gewesen zu sein. So lebten allein in Wünsdorf (die ehemaligen und baulich inzwischen zusammengewachsenen Militärstandorte Zossen und Wünsdorf) auf einem 590 ha großen Gelände insgesamt mehr als 23.000 Personen – Militärangehörige, Zivilangestellte und deren Familien. Das mag auch der Hauptgrund für die Enteignung Wünsdorfer Immobilien zwischen der heutigen B 96 und der Eisenbahntrasse sein. Rund 500 Bürger müssen 1953 ihre Wohnungen und Geschäfte verlassen, die Fernverkehrsstraße 96 und die Verbindung zwischen dem alten Dorfkern Wünsdorf und Töpchin wird gesperrt, der Straßenverkehr weiträumig umgeleitet. 1947 erfolgt die Gründung eines Sonderbaubüros, das für Bauten in sowjetischen Militärprojekten zuständig zeichnet und später Betriebsteil des VEB Spezialbau Potsdam ist. 1974 nimmt die Vereinigte Hauptzentrale 14 (VHZ-14) ihren Dienst auf. In dieser Luftraumkoordinierungs- und Flugsicherheitsstelle versehen Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR (nach 1990 der Bundeswehr) und der Sowjetarmee gemeinsam

Dienst. 1977 wird östlich der Gleisanlagen des alten Bahnhofs ein Militärbahnhof mit täglicher Direktverbindung nach Moskau eingeweiht.

Strukturell gehören zu den in Wünsdorf vorhandenen fünf „Militärstädten“ noch weitere kleinere und kleinste in der Umgebung – so in Rangsdorf, Saalow, Töpchin, Zossen und Klasdorf.

Konversion (seit 1991)

1990 wird in einem bilateralen Abkommen geregelt, das die russischen Streitkräfte bis 1994 Deutschland vollständig verlassen. Nach fast 50 Jahren Präsenz ist das eine große Herausforderung, vor die sich das Oberkommando in Wünsdorf und die Stäbe der einzelnen Einheiten gestellt sehen. Rund eine halbe Million Militärangehörige und hier lebende Zivilisten sehen zudem einer ungewissen Zukunft in den Republiken der einstigen Sowjetunion entgegen.

Ob in Jüterbog, Wünsdorf oder an anderen Standorten und Truppenübungsplätzen: die Herausforderung, über viele Jahrzehnte genutzte Militärf Flächen in eine zivile Nutzung zu überführen, ist enorm. Viele Prozesse verlaufen dabei auf vergleichbare Art und Weise und können hier nur exemplarisch beschrieben werden.

Ab 1991 wird das Panzerreparaturwerk zur „Basis zur Liquidierung gepanzerter Technik“ unter internationaler Kontrolle.

Im Mai 1994 werden die Militärstädte 3 und 4 und ein Teil der Militärstadt 5 an das Bundesvermögensamt übergeben, der Rest im August. Am 8. September 1994 verlässt der letzte Militärzug mit den verbliebenen Einheiten des Wachregiments Wünsdorf. Seitdem sind auch hier zahllose militärisch genutzte Immobilien zu verwerten oder rückzubauen. Innerhalb von rund dreieinhalb Jahren zieht eine Streitmacht ab, die fast ein halbes Jahrhundert in Deutschland präsent war. Zu den besonders unangenehmen Hinterlassenschaften und Herausforderungen zählen allein in Wünsdorf geschätzte 45.000 Kubikmeter Haus- und Sperrmüll, diverser Schrott und Sondermüll und auf den Truppenübungsplätzen im Landkreis Kampfmittel- und Munitionsreste aus allen Nutzungsepochen. Zur Wünsdorfer Erbmasse gehören aber auch 404 herrenlose Katzen, 25 Hunde, 1 Ziege und 1 Mufflon.

Am 19. Dezember 1994 wird die bis dahin an dieser Stelle gesperrte Bundesstraße 96 freigegeben, im September 1995 die Landesstraße 74 nach Töpchin. Auch hier lehnt die Bundeswehr schon bald eine Weiternutzung der Militärf Flächen ab. So beschließt die Landesregierung 1994/95 in mehreren Kabinettsitzungen ein Sonderförderprogramm für den einstigen Militärstandort Wünsdorf, der wegen seiner Geschichte als Oberkommando der Westgruppe und der daraus resultierenden Symbolkraft von besonderem Interesse zu sein scheint. Dabei wird die Ansiedlung von Landesbehörden ins Auge gefasst. So entstehen drei „Verwaltungszentren“ die für diesen Zweck nutzbar gemacht werden – für den „Zentraldienst für Technik und Beschaffung der Polizei des Landes Brandenburg“, ein Zentrales Bohrkernlager, den Staatlichen Munitionsbergungsdienst, das Staatliche Schulamt Wünsdorf, die Brandenburgische

Bodengesellschaft, das Brandenburgische Straßenbauamt, die Landesagentur für Struktur und Arbeit, das Landesgesundheitsamt, das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und andere mehr.

Die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) gründet 1995 die „Entwicklungsgesellschaft Waldstadt-Wünsdorf-Zehrendorf“ (EWZ). Diese wiederum erwirbt Flächen von der Brandenburgischen Bodengesellschaft, um sie zu vermarkten und zu entwickeln. Die einstige Garnison Wünsdorf liegt bis zum September 1998 (Zusammenschluss benachbarter Kommunen) vollständig in der Gemarkung Zehrendorf, deren letzte Bewohner dem Truppenübungsplatz 1936 weichen mussten. So entsteht zunächst das „Gemeindefreie Gebiet Gemarkung Zehrendorf“ mit drei berufenen Landesbeauftragten, die gemeinsam eine Art „Bürgermeister“ sind, jedoch zunächst noch ohne Bürger. Zu diesem Zeitpunkt wird auch der Begriff „Waldstadt“ geprägt. Heute (2008) leben einige tausend Menschen auf diesem Areal. Das ist insbesondere privaten Investoren zu danken, die an mehreren Stellen modernen Wohnraum in sanierten Gebäuden geschaffen haben. Im neuen Bürgerhaus – einst deutsches Offiziersheim, später russisches Kaufhaus – haben nun u.a. die Bibliothek und die Kreismusikschule ihr Domizil. Im Juni 1998 beginnt der Schulbetrieb in einer vollständig modernisierten ehemals russischen Schule. Damit finden die Grundschüler von Wünsdorf und Waldstadt endlich ein Domizil mit optimalen Lernbedingungen.

Eine Besonderheit ist die Wünsdorfer „Bücherstadt“ mit benachbartem Garnisonmuseum, Motorradmuseum, Galerie und vielem mehr. In der Bücherstadt bieten mehrere Fachantiquare alte Bücher an. Zugleich gibt es Führungen zur Militärgeschichte – so auch in die unterirdischen Bunkeranlagen –, flankiert von einer Vielzahl von Veranstaltungen rund um das Thema Buch.

Vieles ist geschafft, vieles bleibt zu tun – in Jüterbog, Zossen-Wünsdorf, Kummersdorf, Rangsdorf und anderen über Jahrzehnte vom Militär genutzten Standorten und Truppenübungsplätzen im Umland der Metropole Berlin.

(Textauszüge, entstanden anlässlich der Sonderausstellung „Macht und Provinz. Von der Pickelhaube zur Pilotka. Militärgeschichte im heutigen Landkreis Teltow-Fläming“ im Jahr 2008)

Sylvio Fischer
Museum des Teltow
Schulstraße 15
15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf
Eine Einrichtung des Landkreises Teltow-Fläming, Amt für Bildung und Kultur
Tel.: +49 33702 66900
Fax: +49 33702 66902
E-Mail: museum.wuensdorf@t-online.de

www.museum.teltow-flaeming.de